

»politisch-moralischen Überschuß«, den Rudolph den 60er Jahren zumißt, nachzuspüren, wäre sicherlich ein interessantes Unterfangen. Schließlich der Aufsatz von Hermann Graml. In »Die verdrängte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus« versucht der Autor die These zu widerlegen, die Deutschen hätten ihre nationalsozialistische Vergangenheit von Anfang an verdrängt. Seine Argumentation entbehrt allerdings der Überzeugungskraft und trägt wenig zur Erhellung der Frage nach Zäsuren in der Nachkriegszeit bei.

Insgesamt bietet dieser Sammelband vielerlei Anregungen, sich unter den unterschiedlichsten Fragestellungen mit der bundesrepublikanischen Geschichte zu beschäftigen. Festzustellen ist bei allen Beiträgen eine deutliche Modifizierung der Bewertung der fünfziger und sechziger Jahre. Die Lektüre der Aufsätze belegt eine historiographische Binsenweisheit: erst die zeitliche Distanz ermöglicht den geschärften Blick für die nachwirkenden Eigentümlichkeiten einer Epoche.

*Christiane Toyka-Seid, Tübingen*

Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), Die deutsche Frage als internationales Problem (= Veröffentlichungen des Studienkreises internationale Beziehungen, Bd. 2), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 144 S., kart., 38 DM.

Das politische Buch in welthistorischen Umbruchzeiten zeichnet sich dadurch aus, daß es meist bei Erscheinen durch die Entwicklung überholt ist. Dies liegt gewiß nicht am Autor, sondern an der Schnelligkeit der politischen Entwicklung. Deutschlandpolitische Beiträge, die vor dem 9. November 1989 verfaßt wurden, aber erst danach erschienen, können zwar interessant sein, sind jedoch von den Prämissen und von der Fragestellung her so »historisch«, daß sie fast schon in den Bereich der Wissenschaftsgeschichte fallen. Dies gilt auch für das hier anzudeutende Buch, das der Gießener Historiker Hans-Jürgen Schröder herausgegeben hat. Vieles, was an der deutschen Frage vor 1989 spekulativ sein mußte, ist seitdem einvernehmlich beantwortet.

Die sehr unterschiedlichen Autoren, Politologen, Ökonomen, Historiker und Völkerrechtler spiegeln den Dreifach-Konsens wider, den es vor dem Um- und Aufbruch in der DDR gab. Man meinte, es bleibe bei den beiden deutschen Staaten. Es gehe daher um die Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen. Eine wie auch immer geartete Wiedervereinigung sei ausgeschlossen. Bei den damals gegebenen politischen Prämissen wirkte jede andere Auffassung »deplaziert«. Inzwischen, nachdem das Unerwartete eingetreten ist, wirken Beiträge mit dem eben skizzierten Konsens deplaziert. Von hohem Informationswert bleiben die Studien von Immanuel Geiss über die deutsche Frage im internationalen System, die Ausführungen von Michael Bothe über »Deutschland als Rechtsproblem« und der Aufsatz von Helga Haftendorn über die Rolle der Bundesrepublik Deutschland im Atlantischen Bündnis. Michael Bothes Postskriptum steht stellvertretend für die anderen Beiträge: »Die vorstehenden Ausführungen betreffen also eine abgeschlossene Epoche« (S. 69). Der einzige Beitrag, der über den Tag hinaus aktuelle Bedeutung hat, ist der von Helga Haftendorn. Wobei allerdings auch hier Fragen gestellt werden müssen, die mit der nicht vorhergesehenen Entwicklung zu tun haben. Gilt das von ihr beschriebene »Sicherheitsdilemma« der Bundesrepublik noch, das Schutz vor einer militärischen Bedrohung durch Bindung an die Verteidigungsgarantie der USA impliziert? Vielleicht hätte man die Beiträge im Lichte der neuen Ereignisse noch einmal überarbeiten müssen.

*Wilhelm Bruns †, Bonn*